

Lodzer

Volkszeitung

Nr. 128. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens An den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 L 5.—, wöchentlich 3 L 1.25; Ausland: monatlich 3 L 8.—, jährlich 3 L 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 36-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigesfaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—. Plots; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

7. Jahrg.

Das internationale Minderheitenrecht.

Die polnische und deutsche Deuttschrift.

Wie bekannt, hatte sich in London das sogenannte Dreierkomitee, bestehend aus Außenminister Chamberlain (England), Botschafter Baron Adachi (Japan) und Quinones de Leon (Spanien) mit den Fragen des internationalen Minderheitenrechts zu beschäftigen. Gegenstand der Beratungen bildeten die in Sachen des Minderheitenrechts von Dr. Stresemann und Dandurand (Kanada) gemachten Vorschläge, sowie auch die diesbezügliche Deuttschrift Polens, Rumaniens, der Tschechoslowakei, Griechenlands und Jugoslawiens, die die Ablehnung der Stresemannschen Vorschläge bezweckten. Diese Deuttschrift wurde nicht veröffentlicht. Gestern traf in Warschau die neueste Nummer der jugoslawischen Zeitung „Politika“ ein, die den Wortlaut der Deuttschrift enthält. In der Deuttschrift heißt es u. a., daß die Beschwerden der Minderheiten in den meisten Fällen gar nicht den Schutz der Minderheitenrechte bezwecken, sondern immer nur der Agitation dienen(?) und geeignet erscheinen, die politische Atmosphäre zu beeinträchtigen und zu beunruhigen. Aus diesem Grunde müßten die Vorschläge Stresemanns und Dandurands in Sachen des vereinfachten Verfahrens bei Prüfung der Minderheitenbeschwerden abgelehnt werden.

Berlin, 10. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, dürfte in aller nächster Zeit die Deuttschrift der Reichsregierung zur Frage des internationalen Minderheitenrechts demnächst veröffentlicht werden, da das Dreierkomitee wie auch das Generalsekretariat des Völkerbundes keine Einwendungen dagegen erheben. Wie hierzu

die „Vossische Zeitung“ meldet, müssen die Grundlagen einer Ausgestaltung des Minderheitenrechts nach deutscher Auffassung folgende drei Gesichtspunkte sein: Die Heranziehung der Völker, die bis jetzt von der Mitberatung über Minderheitenbeschwerden ausgeschlossen waren, obgleich gerade aus ihrem Volksbestand durch die Friedensverträge Teile losgelöst wurden. Praktische Ausübung der Garantienpflicht, die der Völkerbund für die Verträge über die Minderheitenbeschwerden hinaus übernommen hat, ausschließlich zu dem Zweck, eine genaue Klärung darüber, welche Tragweite diese Garantienpflicht des Völkerbundes überhaupt hat. Es muß vom Völkerbund verlangt werden, daß er sich zu den Grundsätzen einer ständigen Garantienpflicht und ständigen Regelung bekennet und so die Minderheiten selbst über die künftige Gestaltung ihrer Verhältnisse beruhigt. Die Ausübung der Garantienpflicht, die der Völkerbund den Minderheiten gegenüber übernommen hat, wird jetzt dadurch behindert, daß die einzelnen Völkerbundmitglieder nur ein sehr unvollständiges Bild von der Lage der Minderheiten haben, mit deren Verhältnis der Völkerbund sich lediglich in konkreten Fällen beschäftigt. Infolgedessen muß die Einrichtung eines ständigen Völkerbundorgans gefordert werden, das sich dauernd mit den Minderheitenfragen zu befassen haben würde und das etwa den ständigen Komitees nachzubilden wäre, die der Völkerbund schon jetzt für Wirtschaft- und Verkehrsfragen eingesetzt hat.

Kompetenzstreit.

Die sonderbare Form der Absetzung des Chefs des Grenzverteidigungskorps hat in der Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. General Mintkiewicz gehörte zu den schärfsten und angesehensten Militärs. Die Übernahme des Kommandos über das Grenzverteidigungskorps galt als Auszeichnung für seine Verdienste. Nun wurde er vom Kriegsminister Pilsudski ganz plötzlich seines Postens enthoben, wobei die Absetzung in einer sehr ungewöhnlichen und, wie Pilsudski selbst sagt, kränkelnden Form geschah. Mit der Mitteilung, daß General Mintkiewicz seinen Kucksack packen könne, wurde ihm zu verstehen gegeben, daß in seinem Bureau nichts geändert werden dürfe. Zur größeren Sicherheit übernahm im Auftrage des Kriegsministers General Orlicz-Dreszner bis zur Ernennung eines Nachfolgers die Leitung des Bureaus.

Kriegsminister Pilsudski hat bekanntlich in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten den Versuch unternommen, sein rigoroses Vorgehen zu rechtfertigen. Er entschuldigte sich mit bitteren Erfahrungen aus der Zeit, als er noch die Funktionen eines Staatschefs erfüllte. In unserer Stellungnahme zu dem Schreiben haben wir bereits darauf hingewiesen, daß Kriegsminister Pilsudski sich einer Rechtfertigung bediente, die so eigentümlich in ihrer Art ist, daß sie kaum als Entschuldigung für General Mintkiewicz oder für Pilsudski selbst angesehen werden kann, der im Nachhinein doch die Macht und vielleicht auch das moralische Recht hat, die Diebe von Dokumenten und Fälscher seiner Unterschriften an den Stragen zu nehmen und ein Exempel zu statuieren. Durch solch ein Vorgehen würde er weit mehr für die Reinhaltung der Staatsethik tun als durch seine verallgemeinerten Beschuldigungen, die sich auf alle beziehen und doch wieder niemand treffen, denn jeder von den beschuldigten Regierungsmitgliedern kann mit ruhiger Stirn behaupten, daß nicht er der Beschuldigte sei, sondern der andere. Deshalb müßte Kriegsminister Pilsudski schon deutlicher werden und vor allem Namen nennen, um zu verhindern, daß der abgeschossene Pfeil nicht zum Bumerang wird, der auf die Regierung selbst zurückprallt und deren Autorität untergräbt.

Wenn man von der Form der Absetzung des Generals Mintkiewicz absteht, so fragt es sich, ob Pilsudski als Kriegsminister überhaupt das Recht hatte, den Chef des Grenzverteidigungskorps seines Postens zu entheben. Laut der noch verpflichtenden Konstitution vom 17. März 1921 untersteht jeder Staatsbeamte dem Minister, der für dessen Tätigkeit vor dem Sejm verantwortlich ist. Das Grenzverteidigungskorps untersteht trotz der militärischen Organisation gleich der Polizei dem Innenminister und nicht dem Kriegsminister. Wenn also jemand befugt war, General Mintkiewicz abzusetzen, so war es Innenminister Slawoj-Skladowski, nicht aber Kriegsminister Pilsudski. Für Skladkowski wäre dies um so leichter gewesen, als sich das Kommando des Grenzverteidigungskorps im Gebäude der Staatspolizei befindet und es doch auch im Innenministerium nicht an Militärs mangelt, die das Bureau in ihre Obhut hätten nehmen können.

Marshall Pilsudski hat also als Kriegsminister seine Kompetenzen überschritten und über den Kopf des Innenministers gehandelt, der durch dieses Vorgehen in einem eigentümlichen Licht erscheinen muß. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es zwischen dem Kriegsminister und dem Innenminister zu einem Kompetenzstreit kommen wird. Innenminister Skladkowski hat schon bei der Kabinettsbildung keine sonderliche Lust gezeigt, weiter Minister zu spielen. Das Recht in einem Kompetenzstreit stünde zweifellos auf Seiten des Innenministers, doch ob er auch die Macht und die Energie hat, seinen Standpunkt und seine Autorität als Minister zu wahren, ist eine andere Frage.

Ein solch krafftes Eingreifen in die Rechte und Zuständigkeit eines anderen Ministers, wie es durch Kriegsminister Pilsudski geschehen ist, steht wohl einzig da. Es beweist und erhärtet jedoch die Meinung, daß die Männer, die ihm beigegeben bzw. die er sich selbst gewählt hat, nur nach außen dekorativ wirken, denn innerhalb des Kabinetts ist seine Macht, sein Wille maßgebend und entscheidend. Mit Pilsudski steht und fällt das Kabinett.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Leningrad.

Berlin, 10. Mai. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, wird sich die deutsche Regierung abermals genötigt sehen, durch ihren Botschafter in Moskau bei der Sowjetregierung Vorstellungen zu erheben wegen feindseliger Kundgebungen, die am 8. Mai in Leningrad vor dem deutschen Generalkonsulat stattgefunden haben. Die Demonstration sei eine Kundgebung der Sympathie für die kommunistischen Barrikadenkämpfe in Berlin gewesen und haben sich gegen die deutsche Regierung gerichtet. Sie seien einige Stunden vorher angekündigt gewesen, und es hätten sich an den Kundgebungen nicht nur Zivilisten, sondern auch Soldaten in Uniform, Matrosen und sogar Polizeimannschaften, die die Marschmusik gemacht hatten, beteiligt. In einzelnen Gruppen der Kundgebungen seien Fahnen vorangetragen worden und Schilder, auf denen Inschriften zu lesen gewesen seien wie: Sympathieäußerung für das kämpfende Berliner Proletariat, sowie andererseits Schmähungen gegen den Berliner Polizeipräsidenten enthalten. Von den Kundgebern seien vor dem Generalkonsulat schmähende Äußerungen gegen Mitglieder der deutschen Regierung gerufen worden. Man habe den Eindruck gewonnen, als ob die Sowjetbehörden dafür gesorgt hätten, daß die Kundgebungen nicht gestört würden. Der deutsche Generalkonsul in Leningrad habe bei den Chefs der Polizei Beschwerde erhoben. Bekanntlich hat vor einigen Tagen der deutsche Botschafter in Moskau bereits einen diplomatischen Schritt wegen der Rede des Kriegskommissars Woroschilow und der Moskauer Kundgebungen gegen die Reichsregierung unternommen. Die obige Meldung der „Vossischen Zeitung“ konnte an Berliner zuständiger Stelle nicht bestätigt werden.

die „Entscheidung“ bringen könne. Somit sei der R. F. D. in straffer Disziplin für den Kampf zum Sturz der Regierung und Aufrichtung der Diktatur geschult worden. Er sei daher eine staatsfeindliche Verbindung zur Vernichtung der bestehenden Staatsform mit Gewalt. 3. Der R. F. D. habe sich in unbefugtem Waffenbesitz befunden. 4. Da der R. F. D. seine Mitglieder nach einem von der Bundesführung herausgegebenen Kommandoerreglement militärisch ausbilde, besaße er sich mit militärischen Dingen und habe sich damit in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages gestellt.

Polnischer Protest wegen Oppeln.

Am 7. Mai hat der polnische Gesandte in Berlin, Roman Knoll, dem Auswärtigen Amt die Protestnote der polnischen Regierung in Sachen der Oppelner Ausschreitungen überreicht. In der Note wird die Bestrafung der Schuldigen sowie Entschädigung für die Opfer gefordert. Das Auswärtige Amt antwortete auf die Intervention, indem es darauf hinwies, daß Oberpräsident Dr. Lulschel dem polnischen Generalkonsul in Danzig, Herrn Malchonne, sein Bedauern ausgedrückt hat und daß der Polizeipräsident von Oppeln seines Amtes enthoben und zwei Polizeikommissare verhaftet wurden. Auch sind die Schuldigen bereits verhaftet und die Angelegenheit dem Gericht überwiesen worden. Was die polnische Forderung auf Entschädigung anbelangt, so hat das Auswärtige Amt dazu noch nicht Stellung genommen.

Von Berliner zuständiger Stelle wird die Darstellung der „Pat“ bestätigt. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dem polnischen Gesandten sei im Auswärtigen Amt erklärt worden, daß die Rückwirkungen der Oppelner Vorgänge in Polen weit über das zu erwartende Maß hinausgegangen seien.

Unterredung Dr. Stresemann-Litwinow.

Berlin, 10. Mai. Der stellvertretende sowjetrussische Außenkommissar Litwinow, der sich auf der Rückreise nach Moskau befindet, hatte, laut „Berliner Votallanzeiger“, auf der Durchreise in Berlin eine Unterredung mit Dr. Stresemann.

Die Auflösung des Rotfrontkämpferbundes in Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Nach dem amtlichen preussischen Pressebüreau haben folgende Gründe zur Auflösung des Roten Frontkämpferbundes geführt: 1. Der Rotfrontkämpferbund habe bewußt und planmäßig das vom Polizeipräsidenten in Berlin erlassene Kundgebungsverbot zu durchbrechen versucht. 2. Seit Jahren werde der R. F. D. von seinen Führern mit der Begründung zum Kampfe geschult, daß nur „die bewaffnete Macht“ der Arbeiterklasse

Geistiges Leben in Sowjetrußland.

Eindrücke einer Studienreise von Dr. A. Feiler.

Sonntag vormittag in der Galerie russischer Maler: ich habe wieder fast nur die Menschen, kaum die Bilder gesehen.

In den Theatern ganz das gleiche Bild, nur um ein paar Stufen höher. Abend für Abend sind sie überfüllt, oft von einer Gewerkschaft...

Spiele statt Brot? Zum Teil gewiß. Aber zum anderen Teil eben doch Leistung in Dienste einer großen und sehr ernst genommenen Aufgabe...

Noch eine Zahl, die mir genannt wurde, dafür als Beleg: der Umlauf an Zeitungen, die ja das Volk, die bäuerliche Masse in Rußland vor allem...

Die gestohlene Braut.

Roman von Peter Murr.

(16. Fortsetzung)

Als die Verbindung mit Bahsing hergestellt war, konnte Emmo einem mehr gründlichen als gewandten Diener sein Anliegen vortragen.

Es blieb ihm immerhin ein voller Tag, um Wiedersehen mit Berlin zu feiern. Er hatte eine ganze Zahl von Freunden und Verwandten in dieser Stadt, und in Neuport war es ihm manchmal interessant und erstrebenswert erschienen...

Wichtigstes Bild aus einem Arbeiterklub: erwachsene Männer und Frauen, manche alten darunter, sitzen in einer Abendstunde an Schulpulten vor einer Wandtafel und lernen...

Im Marx-Engels-Institut mit seinen riesigen Schätzen an einschlägigen Flugblättern, Flugchriften und Büchern, die man in der ganzen Welt zu sammeln bestrebt ist...

An einem dieser Nachmittage saß ich bei einem bekannten kommunistischen Nationalökonom. Wir diskutierten, natürlich über das Sowjettystem. Aber bald konnte ich mich auf kurze Zwischenbemerkungen, Einwände...

Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges.

Łuzern, 10. Mai. Bei Flugübungen einer Militärfliegerabteilung, die einen Wiederholungskurs durchmachte, geriet ein Militärflugzeug aus bisher noch nicht geklärt Ursache in Brand und stürzte aus einer Höhe von 80 Meter bei Emmenbrücke auf eine Wiese...

Das Recht der Minderheiten.

Forderungen des Kongresses.

Der Ausschuss der europäischen Nationalitätenkongresse hat im Ergebnis eines Briefwechsels mit dem Volschafster Wadatci, Berichterstatter des Völkerbundesrates...

Die Denkschrift stellt nach gründlicher und kritischer Betrachtung des jetzigen Rechtszustandes folgende Forderungen:

- 1. Wiedereinführung der Öffentlichkeit des Verfahrens, Veröffentlichung der Eingaben, Repliken usw.
2. Ergänzung der Informationen des Rates, resp. der Dreierausschüsse...
3. Ausbau der Dreierkomitees, indem alle Mitglieder des Rates in ihnen vertreten sein werden...
4. Stärkere Inanspruchnahme des Haager Gerichtshofes...
5. Besonderer Sachverständigenausschuss beim Völkerbund zur Behandlung und Regelung des Problems...
6. Erfüllung der moralischen Verpflichtung, die 1922 durch die Völkerbunderversammlung auch für die durch die Verträge nicht gebundenen Staaten als Mindestmaß festgesetzt wurde.

Die Denkschrift schließt mit dem Hinweis darauf, daß jeder kommende Krieg für die Minoritäten, da sie ja meist an den Grenzen der Staaten leben, von einer geradezu katastrophalen Wirkung sein würde...

Ein entmenschter Vater.

In Madrid geriet ein Tischler, dessen jährlicher Lohn eine 100-Peseten-Note aus der Brieftasche genommen und zerschneidet hatte, so in Wut, daß er den Kleinen mit einem Faustschlag zu Boden streckte...

tigen. Schon vor längerer Zeit war ihm aus alter Freundschaft ein Anteil an dieser Goldgrube für 10 000 Dollar angeboten worden, und er hatte schließlich keinen Grund, eine geschäftliche Verbindung mit einem alten Schulkameraden unbedingt zu vermeiden.

In der Halle durchschritt er einen angeregten Kreis amerikanischer Touristen, die ihre Unternehmungslust mit einigen Coctails zu beleben suchten. Neben dem Hotel veräumte er nicht, die Auslagen der Chicago Tribune zu befechtigen.

Dann schlenderte er die Friedrichstraße hinauf und trat bei der Bulius G. m. b. H. ein. Man legte in Amerika keinen Wert auf elegante Bureaus, aber die Unterbringung dieser Gesellschaft in ein paar dunklen Hinterzimmern war doch mehr als bescheiden.

Bulius wurde plötzlich sehr ernst. Er würde an sich ja furchtbar gerne ausbilden, und Emmo werde ja auch für den Betrag gut sein, aber zufällig habe er gerade heute eine größere Zahlung geleistet. Ob Emmo nicht vielleicht in ein paar Tagen wieder vorsprechen könne.

Mehrere Besuche brachten Emmo an diesem Tage nur Enttäuschungen. Verschiedene bekannte Familien, die vor seiner Ueberführung nach Amerika in auskömmlichen oder guten Verhältnissen gelebt hatten, traf er jetzt in arger Bedrängnis wieder.

(Fortsetzung folgt.)



Odeon Wodewil

Przejazd 2 Główna 1

Die letzten 2 Tage!

Harry Peel

in seiner neuesten waghalsigsten Kreation der Produktion 1928/29

„Sein gefährlichstes Abenteuer“

Dieser Film besteht aus einer Reihe interessanter Abenteuer, die Harry Peel während der Aufnahmen fast mit dem Leben bezahlt hätte.

Als Mädchen mit 6. tanzenden Beinen Wera Schmitterlöw

Außer Programm: Poffe.

Außer Programm: Poffe.

Corso Bielona 2

Heute Premiere!

Der berühmte Held des wilden Westens

Fred Thomson

mit seinem weltberühmten silbernen Haß im Film

„Der Adler der Prairie“

In der Frauenrolle die liebliche Mary Carr.

Außer Programm: Poffe.

Advertisement for 'Kraft' beer featuring Emil Geisler, with details about a toast and the date of his death.

Junges Mädchen

für keinen Haushalt gesucht. Adresse zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Heilanstalt der Spezialärzte am Geyerischen Ringe

empfangt Patienten aller Krankheiten — auch Zahnfranke — täglich von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends...

Zahnärztliches Kabinett

Empfangsstunden ununterbrochen von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends

Kinematograf Oświatowy

Die dorosłych początek seansów o godz. 18.45 i 21 w soboty i w niedziele o godz. 16.45, 18.45 i 21

W krainie złota i śmierci (ALASKA)

Zmagania się człowieka z żywiołem. Nad „Przygody małego wędrowca“ program: komedia w 3 aktach

Theater- u. Kinoprogramm.

- Städtisches Theater: Sonnabend und Montag „Sen“; Sonntag nachm. „Kupiec Weneci“; abends „Dwóch panów B“; Dienstag „Niespodzianka“

Advertisement for German School and Education Association (Deutscher Schul- u. Bildungsverein) with details about a general assembly.

Advertisement for 'Das Haus „Unter der roten Laterne“' and furniture store 'Meble POJEDYNCZE'.

Advertisement for 'Behring' and 'Kleine Anzeigen'.

Advertisement for 'Gute solide Herrenstoffe' and 'J.E. Restel' clothing store.

Advertisement for 'Heilanstalt der Spezialärzte für venerische Krankheiten'.

Church notices (Kirchlicher Anzeiger) listing various church services and events.